

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreise
 Vierteljahr 3,50 RM., monatlich 1,20 RM.,
 fern im Ausland, beizufügen Postgebühren
 Nummern 10 Pfennig. Postbezugs:
 monatlich vom Postamt abzubuchen
 1,50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,94 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich 1,20 RM.,
 4.— RM. für das übrige Ausland
 2,50 RM. monatlich, Ausland ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.
 Goldbestellungen nehmen an Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Einzelnungen in die
 Postbestellungsbüros.
 Erbschein möglich.

Einzelgenusspreis
 Die *„Vorwärts“* ist ein illustriertes
 32 S. „Reise Anzeiger“, das
 festgebundene Heft 20 Bg. (jährlich
 2 festgebundene Hefte), jedes weitere
 Heft 15 Bg. Einlegeblätter und
 Schlußblätter sind bei jeder Post
 20 Bg. jedes weitere Heft 10 Bg.
 Heft über 15 Bg. sind abzugeben für
 zwei Hefte. Kreuzungsbürolog 20 Bg.,
 Familien-Kalender, politische und
 gesellschaftliche Kalender - Kalender
 10 Bg. die Stelle. Einzeln für die
 nächste Nummer müssen die 5 Bg.
 nachträglich im Postgebühren Berlin
 25. 93. Unentgeltlich 2. abzugeben
 werden. Bestellen von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Verantwortl.: Kurt Wörstmann, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 14. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Verantwortl.: Kurt Wörstmann, Nr. 151 90-151 97.

Die Friedensverhandlungen nahe. Ansprache des Staatssekretärs Lanfing.

Kösterdam, 12. Oktober. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge, melden „Central News“ aus New York vom Freitag: Staatssekretär Lanfing, der gestern im theologischen Seminar von Auburn sprach, erklärte, daß die Friedensverhandlungen nahe seien, und daß es nicht gestattet werden dürfe, daß ein Weis der Rache die Verhandlungen benachteilige. Solch eine Haltung von Seiten der Alliierten würde den aufstrebenden Geist der Rechtfertigung, welcher wesentlich für die Grundlegung eines dauerhaften Friedens ist, erheblich schwächen. Wenn der Krieg gewonnen ist, darf das amerikanische Volk keinen erbarmungslosen Haß gegen diejenigen Fremden hegen, die den militärischen Diktatoren der Mittelmächte gebot haben. Es muß ein Unterschied zwischen den Herren und den Dienern gemacht werden. Es scheint mir die Aufgabe derer zu sein, die auf die öffentliche Meinung Einfluß ausüben, darüber zu wachen, daß diese Leidenschaft die Bewirkung der Pläne zu einer Neuordnung und Ordnung der Welt, wenn der Frieden wiederhergestellt ist, nicht verhindert.

Kämpfe bei Le Cateau und nördlich der Oise. — Die rückgängige Bewegung zwischen Oise und Aisne. — Vergebliche Amerikanerangriffe nordöstlich Beaumont. — Nisch in Feindeshand.

Kriegs. Berlin, 12. Oktober, abend.
 Keine größeren Kampfhandlungen.

Kriegs. Großes Hauptquartier, den 12. Oktober 1918.
 Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Kanalabschnitt beiderseits von Douai und am Westrande von Douai haben wir in Gefechtsstellung mit dem Feinde. Douai hat durch feindliches Artilleriefeuer und Mörserbomben erheblich gelitten. Nordöstlich von Cambrai haben wir uns in der Nacht vom 11. zum 12. Oktober vom Feinde etwas abgezogen. Der Feind ist gestern mittags gefolgt und stand am Abend bei Avesnes le Sec und auf den Höhen am westlichen Belle-Űser bei Souloire und Quilly. Am frühen Morgen heftiger Artillerielampf beiderseits von Le Cateau. Zwischen Soldmes und Le Cateau griff der Feind mit starken Kräften an. Es gelang ihm beiderseits von Reuilly in unsere Stellungen einzudringen. Unser durch harte Artilleriewirkung verbleibender Gegenangriff. Wir erzielten jedoch und warf den Feind wieder zurück. Ein am Abend bei Prières erneuter vorrückender Teilangriff wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise steht der Gegner zu starken Kräftegruppen beiderseits von Sang-Rabignat, südlich von Eschail und bei Wilsuville an. Bei und nördlich von Orignat suchte er über die Oise in unsere Stellungen einzudringen. Die Hauptkraft des Kampfes trugen holländische Regimenter. Der Feind wurde überall, teilweise in hartem Nahkampf und im Gegenstoß, abgewiesen.

Auf der Front zwischen Oise und Aisne ist der Feind unsere rückgängigen Bewegungen und gestern auch langsam gefolgt. Er hatte am Abend die Wälder von St. Germain, die Höhen nördlich der Ailette und Amisette erreicht. Nördlich des Rotours-Abchnittes hat er die Linie Welsch-La Ville-Mancou-Verthes-Sang-Champagne-Soulers nur mit schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die südlich von Soulers über die Aisne vorrückten, wurden gesanggenommen. Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Teilangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas scheiterten. Größere Kämpfe blieben tagelänger nördlich der Maas zwischen dem Ormont-Walde und dem Wabrisse nördlich von Beaumont an. Der Amerikaner, der unter hartem Kräfteinsatz seine vorrückenden Angriffe immer wieder erneuerte, wurde von preussischen, holländischen, württembergischen und österreichisch-ungarischen Regimentern in hartem Kampfe zurückgeworfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei erfolgreichen Unternehmungen westlich von St. Omer und nördlich des Rhein-Rhone-Renais wurden wir gelangt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Kämpfe in der Gegend von Risch. Stärkeren Angriffen wiesen unsere Truppen beschleunigt auf die Höhen nördlich der Stadt an. Risch wurde vom Feinde besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Oktober. Amtlich nicht verkaufter.
 Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gegner haben die Angriffe in den Sieben Gemeinden nicht wieder aufgenommen. Hebrail geschlossene Kampfschlacht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien wird der Rückmarsch beschleunigt fortgesetzt. Im Gebiete von Ipele macht sich Karler Sündenjug fühlbar. Risch wurde nach unbefriedigenden Unhaltenden Ge-fechten dem Feinde überlassen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Beaumont waren unsere Regimenter abermals an der Abwehr amerikanischer Angriffe erfolgreich beteiligt.

Der Chef des Generalstabes.

Die Türkei will den Kaukasus räumen.

Basel, 13. Oktober. (Frankf. Stg.) Wie die Radio-station der Sowjetagentur in New meldet, hat sich die Türkei bereit erklärt, den Kaukasus zu räumen.

Revanchepatriotismus.

Von den Stimmen der Presse über die deutsche Antwort an Wilson sind naturgemäß diejenigen der Disposition am interessantesten. Wir verzeichnen sie darum ausführlicher, da sie gewissermaßen geschichtliche Dokumente sind.

Die „Kreuzzeitung“ sagt, die Antwort habe wie ein greller Blitzstrahl gezeitigt, vor welcher Gefahr wir stehen. „Wenn bei dem Ausgange des Krieges, dem wir hiernach jetzt entgegensehen, handelt es sich nicht mehr darum, diejenigen Sicherheiten festzuhalten, deren Notwendigkeit für Deutschlands Zukunft wir nach den Erfahrungen des Krieges erkannt haben; es steht nicht nur in Frage, was wir im Osten erreicht halten; auch höchste gefährdet erscheint die Sicherheit des heimischen Landes vor feindlichem Einbruch, die deutsche Ehre, die Unversehrtheit des Reiches in Flah-Notbringen und in der Ostmark, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Deutschlands.“ Das Blatt sagt dann weiter: In den Tagen des Unglücks und der äussersten Gefahr gilt es für das deutsche Volk, die Würde zu wahren. Das Suchen nach dem Schönigen für den militärischen Rückschlag würde unfruchtbar und wie uns wenigstens scheinen will, nicht würdig sein.

Die „Deutsche Zeitung“ nennt die Antwort an Wilson „ein Dokument der Schande“ und schreibt: „Wir glauben, daß auf diese Stunde tiefer Grundgedanken der Wiedergeburt folgen wird, und wie einst 1871 schrieb nach dem Anglistenfrieden von 1816, der trotz aller Siege zu einer politischen Niederlage Deutschlands geführt hat: „Wie die Bundesratsliste ein formidables Zeichen unserer Schande ist, so sollen im „Reichischen Verker“ die formidablen Protestation des Volkes gegen alles solche und Schlichte miterbelegt werden, damit die Nachwelt erkenne: die Zeitgenossen waren damit nicht einverstanden.“

Die „Tägliche Rundschau“ überschreibt ihren Artikel „Deutschlands Unterwerfung und sagt: „Und wenn Wilson den Frieden trotz alledem und alledem nicht durchsetzt, wenn die Entente neue Forderungen erhebt? Will man dann noch weiter nachgeben und aus Wilsons Hand „Stroh oder Leders“ auch weiter empfangen, oder sich dann zur „nationalen Verteidigung“ aufraffen? Nach dieser Bemerkung der Blätter: „Anfrage!“

Am Montag wird Wilson über Krieg und Frieden entscheiden. Es ist der 14. Oktober, der Tag von Jena und Auerstedt. Es wird abermals ein schwarzer Tag in unserer Geschichte sein. In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es unter dem Titel „Die deutsche Antwort — die deutsche Ehre“: Die deutsche Antwort legt sich nicht, so weit sie es nur irgend kann, die Zukunft des Deutschen Reiches und des deutschen Reichgebietes in die Hände des amerikanischen Präsidenten, sie macht das Reichgebiet, damit die Elemente und Grundfragen des Deutschen Reiches und seiner Einheit zu einer internationalen Frage, bevor für Deutschland negative internationale Entscheidung auf der Hand liegt. Wir unsererseits geben die Hoffnung noch nicht auf, daß eine solche Entscheidung der Dinge noch verhindert werden wird, ehe dieser „Rechtsfriede“ im Namen des Weltbundes und der neuen Zeit das Reich zugrunde richtet. Deutschland ist nicht geschlagen, wenn es nicht geschlagen sein will; deutsches Gebiet preisgegeben ist mit der Ehre nicht veräußert.

Die „Post“ überschreibt ihren Artikel: „Die Demütigung des deutschen Volkes“ und meint: „So antwortet der Unterlegene dem Sieger!“ Und weiter: „Was unsere Demütigung so tief und traurig macht, ist der Umstand, daß wir unsere mit ungeheuren Opfern an Blut und Gut erzielten Erfolge schwerelos aufgeben, den Feinden alle Eroberungen lassen und gedungenen Hauptes abmarschieren, was die Alliierten zu beschließen für gut befinden werden. Das Schicksal des deutschen Flah-Notbringen und der preussischen Provinzen Polen und Schlesien, vielleicht auch noch Westpreußen, ist in die Hand der Nachbarn in Washington, London, Paris, Rom und — Warschau gelegt!“

Diese Stimmen zeigen deutlicher als die Heeresberichte, was die Stunde geschlagen hat. Natürlich sind die zitierten Blätter einig in der Versicherung, daß der Friedensschritt der Regierung gar nicht notwendig gewesen wäre. Sie befinden sich aber damit in Gegensatz zu der von ihnen bisher stets angebeteten Obersten Heeresleitung, die den Schritt der Regierung als durchaus notwendig und durch die Umstände begründet anerkennt.

Der Krieg geht zu Ende, aber er geht in einer Weise zu Ende, wie es kein Mensch im Deutschen Reich gewünscht hat. Sprechen auch wir es offen aus: ein solches Ende zu verhindern war das Ziel unserer Anstrengungen und Opfer diese ganzen furchtbaren vier Jahre lang. Es ist nicht gelungen, und wenn die „Kreuzzeitung“ jetzt nicht nach dem Schuldigen der militärischen Rückschläge suchen will, so kann man ihr zugeben, daß es wichtiger ist, jetzt den Ausweg aus einer unbeh-

Morgen Wahltag in Berlin I.

Die Zeitumstände haben uns eine längere Betrachtung über die bevorstehende Wahl in Berlin I nicht gestattet. In Großen steht jetzt auf dem Spiel. Kurz in kurzen Worten können wir sagen, warum die morgige Wahl von gewaltiger Bedeutung ist.

Sie soll das erste Urteil des Volkes werden über die Politik, die seit dem 5. Oktober eingeschlagen ist. Wer den Frieden will, stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten! Jedem Sozialdemokraten muß das Herz höher schlagen bei dem Gedanken, daß die Möglichkeit eines Sieges nahe gerückt ist, jeder muß sein Bestes tun, sie zur Wirklichkeit werden zu lassen. Nichts tut dem deutschen Volke heute nützlich als eine starke Sozialdemokratie. Zeigt, daß sie noch vorhanden und stärker ist als je zuvor!

Über den Unglücksfallkandidaten der Fortschrittspartei, Herrn Kempner, braucht man nicht mehr viel Worte zu verlieren. Nur die eigenartige soziale Struktur des ersten Berliner Wahlkreises hat die Aufstellung einer solchen Kandidatur möglich gemacht. Für die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei wäre die Wahl dieses Mannes, der bisher ganz im privatrechtlichen Erwerbleben aufgegangen ist und dem öffentlichen Leben ferngeblieben hat, kein Gewinn, sondern ein Schaden. Wenn Herr Kempner durchfällt, wird das keine Niederlage des bürgerlich-freieitlichen Gedankens sein, sondern nur eine nützliche Lehre für jene, die aus Angst vor dem Horn der organisierten Hausagrarien einen Kandidaten wie Herrn Kempner heben und dafür Herrn Kempner auf den Schild hoben.

Der Wahlkampf der Unabhängigen ist zeitweilig durch persönliche Reibungen eines einzelnen Herrn auf das denkbar tiefste Niveau gedrückt worden. Jetzt entnehmen wir dem „Mittelungsblatt“, daß Abg. Daase in einer Wählerversammlung erklärt hat, der Kandidat der Sozialdemokratie, unser Genosse Hugo Heiman, sei „ein Mann von persönlich untadeligem Charakter. Darüber sind wir uns alle einig“. Darüber ist man sich unter anständigen Beuten allerdings von vornherein einig und auch die einen Augenblick im Zweifel gewesen. Die Stänkeleien des Abg. Hoffmann, die das „Mittelungsblatt“ noch einmal berichtigt, sind damit erledigt.

Das Organ der „Unabhängigen“ veröffentlicht außerdem eine sachlich gehaltene Polemik Müllers gegen Heiman. Wie wenig oder Müllers die wirklichen politischen Ereignisse kennt, geht daraus hervor, daß er zunächst die deutsche Politik vor dem Krieg und den sozialdemokratischen Kampf gegen sie schildert und dann fortführt:

Wenige Tage später, am 4. August, bewilligten Ihre (Heimanns) Anhänger, die heutigen Regierungsjugolisten, die Kredite zur Führung des Krieges. Ich und die heute mit mir in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vereinigten Genossen sind diesem Kriegskredite nicht gefolgt. Wir haben abgelehnt.

Ist so etwas überhaupt möglich? Weiß Müller nicht, daß die jetzigen Mitglieder der Fraktion der Unabhängigen am 4. August sämtlich für die Kredite gestimmt haben und daß ein Teil von ihnen auch in der Fraktion die Sache der Kreditbewilligung mit Begünstigung verfochten hat?

Ein Mann, dem so unglückliche Dinge passieren, tut gut, sich zunächst noch ein paar Jahre ernsthaft mit politischen Dingen zu beschäftigen, vielleicht kommt später einmal für ihn die Zeit, wenn er nicht mehr als Kandidat der Arbeiterzerstückelung auftritt.

Der Tag und die Stunde aber gehören der Sozialdemokratie und Hugo Heiman!

horen Tage zu fuchen und ihn, nachdem er gefanden ist, festen Schritten zu betreten.

Einen Frieden der Vernunft und der Gerechtigkeit haben wir stets gewollt. Wir haben gehofft, ihn erlangen zu können, wenn es uns gelang, den tollwütigen Imperialismus im Innern niederzuringen, solange noch ein militärisches Gleichgewicht bestand. Daß die Weisheit des siegreichen Gegners einen Frieden der Vernunft und der Gerechtigkeit herstellen werde, darauf haben wir uns nie verlassen wollen. Aber wenn die Waffen zum Schweigen gebracht sind, dann müssen wir mit Argumenten weiterkämpfen für das Ziel, das uns während des ganzen Krieges als einziges vor Augen stand: für einen Frieden, der keinen Stachel zurückläßt, der alle Völker als freie und Gleiche nebeneinanderstellt und durch seine Gerechtigkeit den Gedanken an neuen Krieg aus den Hirnen verbannt.

Schon jetzt äußern sich, wie man gesehen hat, in Deutschland die Zeichen eines aufkeimenden Revanchepatriotismus, der die Wiedergutmachung des durch diesen Krieg verursachten Unheils von einem neuen Appell an die Waffen erwartet. Wir wollen und werden als Sozialdemokraten und Feinde des Krieges diesen Revanchepatriotismus bekämpfen, das Ergebnis des Kampfes wird aber in hohem Grade von der Gestaltung des kommenden Friedens abhängen. Wenn dieser Frieden ein Frieden des Rechts sein wird, wie ihn Wilson verkündet, wird unser Kampf leicht und siegreich sein. In dem Grade aber, in dem der kommende Frieden von diesem Rechtsideal sich entfernt, wird unser Kampf schwerer werden, er wird vollkommen aussichtslos sein, wenn schließlich statt des Rechts die Gewalt den Frieden diktiert sollte. Ja, schließlich wäre eine Gestaltung des Friedens denkbar, die selbst aus Sozialdemokraten Revanchepatrioten macht.

Die Anhänger der Gewalttheorie jenseits der Grenzen werden daraus den Schluß ziehen, man müsse Deutschland so bändigen und für alle Zeit wehrlos machen, daß jeder Gedanke an Befreiung und Vergeltung im Keime erstickt wird. Die Geschichte lehrt, daß solche Gedankengänge utopisch sind. Ein Volk wie das deutsche kann man nicht auf die Dauer zum Sklaven der Welt machen, auch die härteste Fessel wird schließlich gesprengt. Durch Gewalt läßt sich kein dauernd gesicherter Frieden errichten, sondern nur durch Recht und Vernunft.

Das Schicksal der Welt wird in die Hand der Männer gegeben sein, die in nicht mehr ferner Zeit im Konferenztisch zusammenfinden werden. Das deutsche Volk wird für eine Vertretung auf dieser Konferenz sorgen, die nur ein Ziel kennen wird, das Ideal des Völkerbundes, des dauernd gesicherten Weltfriedens zu verwirklichen. Demen, die als Gegner dieses Ideals kommen oder die in dem Wahn befangen sind, es nicht durch Gerechtigkeit, sondern nur Zwang und Gewalt verwirklichen zu können, wollen wir die Worte unseres Dichters entgegenrufen, deren Wahrheit den deutschen Unheilsstiftern erst in diesen dunklen Tagen zu Bewußtsein gekommen ist:

Es leben Götter, die den Schmutz rächen —
Vergeltet, sühnet sie, die Schrecklichen!

Das freie Polen.

Abänderung der Eidesformel. — Bismarck.

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist der polnische Fahnen eide im Einvernehmen mit der deutschen Regierung so abgeändert worden, daß die Soldaten nur dem polnischen Kaiser und dem obersten Gewalt Polens die Treue schwören.

Von den gefangengehaltenen Polenführern sind Grabstift und Chugut entlassen. Ueber die Entlassung Bismarcks schweben zwischen dem Regimentsrat und den deutschen Behörden noch Verhandlungen. (Die Entlassung Bismarcks ist doch nur noch eine Frage der aller nächsten Zeit, und je eher sie erfolgt, desto besser ist es. Red. A. B.)

Der Umschwung in der französischen Sozialistenpartei.

Das Antwachen der früheren Minderheit der Partei, die zur Mehrheit geworden ist, kommt fortan natürlich auch in der Zusammensetzung des höchsten Zentralorgans der Partei, des großen Verwaltungsausschusses, zum Ausdruck. Die Richtung Renaudel ist überflügelt. Der Ausschuss besteht von jetzt ab aus 10 Regierungssocialisten, 12 Vertretern der Gruppe Longuet und zwei Nichtparlamentarier. Die Leitung der Parteiorganisation ist an einen neuen Verwaltungsausschuss übergegangen.

Im „Populaire“ führt Longuet aus, daß nun ein großes Propagandaverk beginnen müsse, um durch Stellungnahme in der Presse, Abhaltung von Versammlungen und Verbreitung von Flugchriften den Chauvinismus energisch zu bekämpfen.

Um des Friedens willen ist gerade jetzt nichts nötiger als das.

Der Wortlaut der wichtigsten Entscheidung des Parteitag ist noch nicht vor. Die am Donnerstag angenommene Tagesordnung der bisherigen Minderheit sagt nach einer Schweizer A. B.-Mitteilung, daß die Partei ihre Verbindung mit der internationalen Bewegung erneuern und jede Mitarbeit der Bourgeoisie zurückweisen. Sie verlangt eine internationale Sozialistenkonferenz. Sie erklärt, daß die Partei sich gegen jede Regierung stellen müsse, die sich einer internationalen Zusammenkunft entgegenstelle, und gegen jede Regierung der Reaktion außerhalb wie innerhalb des Landes. Die Partei ermächtigt ihre Beauftragten, zu handeln und je nach den Umständen alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, einschließlich der Verweigerung der Kriegskredite. Die Partei brandmarkt die in Rußland und Sibirien unternommene Aktion. Sie fordert für alle Völker das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

In der Resolutionenabstimmung stimmte der Kongreß dem Antrag Renaudel zu, der nach derselben Quelle sagt: Der Kongreß beschließt seine Werke an den Präsidenten Wilson und billigt die Antwort, die Lansing im Namen des Präsidenten auf die Note des deutschen Botschafters erteilt hat. Die sozialistische Partei stellt mit Verleumdung diese erste ernsthafte Anwendung positiver öffentlicher Diplomatie fest. Sie stellt fest, daß nun eine Türe offen steht für Verhandlungen zwischen den Kriegführenden für einen Frieden des Rechts. Sie billigt die diplomatischen und militärischen Vorschläge, die vom Präsidenten Wilson als Bedingung für einen Waffenstillstand festgestellt wurden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen mit Ausnahme der Stimmen der Nichtparlamentarier, die einen bedingungslosen Waffenstillstand verlangten.

Vern, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Während die „Humanität“ die Entscheidung des Parteitages unkommentiert läßt, begrüßt Verzeuil im „Journal du Peuple“ den Sieg der Minorität als Sieg der Internationalen. Ihre Mehrzahl

sei kein, aber Werke schaffen. In demselben Blatt wird weiter gesagt, die Partei würde wieder eine Sektion der Internationalen. In einer Stunde der entseelten Reaktion und der Kriegshege bis zum Neuesten veränderte die sozialistische Partei ihr Friedensideal, sie ordnet ohne Bögen die Interessen der Arbeiter und Soldaten den Interessen Frankreichs und den allgemeinen Interessen der Völker unter. Gerechtigkeit und Frieden haben dieselben Feinde.

„Figaro“ lobt, die sozialistische Partei sei fertig und habe jeden Einfluß auf den Frieden verloren. Dagegen schreibt der „Temps“: Die sozialistische Aktion sei eine Gefahr, weil sie die Klasse über die Nation stelle. Die Niederheit, welche ihren Sieg nur durch die Menschlichkeit errang, gebe durch den Fall gegen die Kriegverlängerung die Freiheit der Polen und die Rückkehr Elsaß-Lothringens preis. Sie fordere die Zusammenkunft mit den deutschen Sozialdemokraten und gefährde durch Drohung und die Kreditverweigerung die nationale Verteidigung; sie biete dem deutschen Imperialismus Rettung und besetze der westlichen Demokratie mit der Revolution.

Der Vorstoß für internationale Arbeitergesetzgebung.

Ueber das Eintreten des Reichstages für eine internationale Arbeitergesetzgebung sagt „Stockholms Dagblad“: Es nehme sich als natürliche Sache an, wenn man die ausgezeichnete sozialpolitische Gesetzgebung bedenke, mit der Deutschland dem übrigen Europa ein schönes Beispiel gegeben habe. Auch Branting hat den nun von deutscher Seite in Verbindung mit der Friedensaktion unternommenen Schritt mit Anerkennung hervorgehoben. Er schreibt: „Der Reichstagsbeschluss geht der Entente mit gutem Beispiel voran, indem er die Forderung des internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern annimmt. Noch keiner der führenden Staatsmänner der Entente hat dieselbe Zustimmung hinsichtlich einer Forderung gegeben, welche der internationalen Gewerkschaftskongress in Leeds kurz vorher erhoben hatte, und welche auf dasselbe hinauslief, wie das Berner Programm.“ „Stockholms Dagblad“ tritt diesem Urteil bei und unterstreicht, daß die englischen Arbeiter und der Berner Kongreß die erste offizielle Antwort auf ihren Appell nicht von den geliebten Ländern der Demokratie, sondern von jenem Deutschland erhalten, an dessen innerpolitischer Umgestaltung in demokratischer Richtung die Presse der Entente-Länder zweifelt.

Die Schlacht in Frankreich.

Die Flucht nach Osten.

Berlin, 13. Oktober. Antisch. Nachdem die Flucht vor der Beschließung sich nunmehr auch der Bevölkerung von Valenciennes mitgeteilt hat und dort 30 000 Einwohner nicht mehr von der Flucht nach dem Osten abgehalten sind, hat die deutsche Regierung sich erneut an die Schweizer Regierung gewandt. Die Schweizer Regierung ist gebeten worden, die französische Regierung von dieser Entwicklung unzugänglich zu verständigen und ihr vorzuschlagen, im Interesse der Bevölkerung der nordfranzösischen Städte die Zusage zu geben, von einer Beschließung der größten Städte abzusehen und ihre Verbündeten ebenfalls dazu zu veranlassen. Auch sei die deutsche Regierung dazu bereit, wenigstens einen Teil der Bevölkerung zum Übertritt in die feindlichen Linien zu überreden, wofür allerdings besondere Abmachungen von Front zu Front erforderlich sein würden. Falls die französische Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingeht, kann die deutsche Regierung die Verantwortung für die Leiden der Bevölkerung, die eine Folge der vernichtenden feindlichen Beschließung aller größeren und kleineren Ortschaften hinter unserer Front ist nicht übernehmen.

Englischer Heresbericht vom 12. Oktober abends. Deutsche Kämpfe fanden heute längs der Stelle zwischen Le Cateau und Solesmes statt. Nördlich Solesmes wurden tagüber nach dem Sella-Tal allmählich Fortschritte erzielt. Feindliche Nachhut wurden aus den Dörfern St. Raaf, St. Aubert, Villers en Cauchies, Avednes le Sec vertrieben. Weiter nach Norden säuberten unsere Truppen das Westufer des Sennee-Kanals zwischen Auzeng und Corbehem. Beide Dörfer sind in unserer Besitz. Wir nähern uns dicht der Kanallinie im Westen von Douai. Im Abschnitt östlich von Lens nahmen wir Montigny, Harves und Annon. In dieser ganzen Front fanden schwere Kämpfe östlicher Art statt, in deren Verlauf wir den deutschen Nachhut zahlreiche Verluste zufügten und Gefangene machten.

Frankfurter Bericht vom 12. Oktober abends. Die Schlacht in der Champagne, die am 26. September ihren Anfang nahm, hat nach 17 Kampftagen mit einer völligen Niederlage des Feindes geendet. Die vierte Armee hat den Aisne-Poggen vollständig freigemacht und bis heute 36 Orte wieder erobert. Hier wurden mehrere tausend Zivilisten von dem Joch befreit, das sie seit 1914 erduldeten. Die Gesamtzahl der von dieser einzigen Armee seit dem ersten Einsetzen der Offensiv in der Champagne gemachten Gefangenen beläuft sich auf 21 587, davon sind 490 Offiziere. Sie hat außerdem mehr als 800 Kanonen, 3500 Maschinengewehre, 300 Minenwerfer, mehrere hundert Eisenbahnmotoren, eine große Menge Schießbedarf und Gerät aller Art erbeutet. Auf dem linken Flügel der vierten Armee hat unsere fünfte Armee den Feind auf seinem Rückzuge ohne Paß verlassen, hat die Reimourne überschritten und ist um mehr als 10 Kilometer vorgeückt. Wir halten Buzang lez Aisne und Aisne la Ville, ferner die Südränder von Vrang. Wir haben den Übergang über die Aisne bei Olancourt und Reuschel erzwingen und uns gegen den Berg von Fornais vorgeschoben. Zwischen Aisne und Oise hat der energische Druck unserer Truppen den Feind zu einem neuen Rückzuge gezwungen. Seine Nachhut an den Bergen liegend, sind wir bis an die Ailette gekommen, die wir nördlich von Craonne besetzt haben.

Amerikanischer Heresbericht vom 12. Oktober abends. Ostlich der Mos haben sich heftige Kämpfe in dem Saures-Walde entwickelt. Auf beiden Ufern des Flusses haben unsere Truppen ihre Ziele erreicht. Die Gesamtzahl der in diesem Abschnitt seit dem 26. September gemachten Gefangenen beträgt 17 000.

Das Todesurteil gegen Tom Mooney.

Bera, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Catalist“ publiziert einen New-Yorker Bericht, wonach die Hinrichtung des Syndikalisten Tom Mooney auf den 13. Dezember verschoben sei. Mooney wurde 1915 in San Francisco wegen Teilnahme an einem Dynamitentat bei einer kriegsfeindlichen Demonstration verurteilt. Die Kampagne der „Industrial Workers of the World“, welche eine Anzahl Abteilungen der „Federation of Labour“ unterstützte, bewirkte, daß Wilson persönlich bei dem kalifornischen Gouverneur intervenierte. Am 23. Juli fand in Washington eine Demonstration unter Teilnahme der Delegierten der ganzen Union für Revision des Urteils statt, welches durch die Zeugenschaft von Subalternen und Verbrechern zustande kam. Die „Workers“ appellierten an die Organisationen der ganzen Welt. In Kristiania und Amsterdam bereiten sich Kundgebungen vor.

Französische Truppen in Sofia.

Lugano, 13. Oktober. Französische Truppen besetzen Sofia. Die Serben sind in Nisch eingerückt. Französischer Orientbericht vom 11. Oktober. Im Verlaufe des 10. Oktober fanden südlich von Nisch zwischen serbischen Truppen und feindlichen Kräften, die durch eine neue deutsche Division verstärkt waren, heftige Kämpfe statt. Gegenangriffe, von einem deutschen Alpenkorps auf dem linken Morawa-Fluß geführt, brachten mit großen Verlusten für den Feind zusammen. Ostlich von Morawa setzen die Serben ihren Vormarsch auf der Höhe südlich von Nisch fort. Seit dem 15. September haben einschließlich von Einheiten der bulgarisch-deutschen Armee, die in den Engpässen von Kocero und Kallandale eingeschlossen war und gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes vom 30. September die Waffen niederlegen mußten, die verbündeten Orientarmeen an die 90 000 Gefangene gemacht, von denen 1000 Offiziere, darunter 5 Generale, zählten. Sie haben mehr als 1000 Kanonen aller Kaliber, Hunderte von Maschinengewehren und Minenwerfern und ungeheures Kriegsgerät aller Art erbeutet.

Die Donkafalen abermals gegen Jarisyn. Die Ukrainische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß Donkafalen in Richtung auf Jarisyn von neuem den Don überschritten, zusammen mit der Astrachanarmee auf Jarisyn vorrückten und sich auf 16 Werst Jarisyn genähert haben.

Die Kriegsoperationen in Ostasien. Amsterdam, 13. Oktober. Aus Wladivostok wird gemeldet: Zwischen den Truppen Semenovs, die von Wladivostok aus marschierten und den Japanern, die sich von Chabarowsk aus in Bewegung setzten, ist bei Kuchlevo eine Verbindung erzielt worden. Der geschlagene Feind flüchtet in nördlicher Richtung. 500 Ungarn, welche in Richtung nach der Wandschura zu entkommen versuchten, wurden gefangen genommen.

Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt Dienstag, 2 Uhr nachmittags, zu einer Sitzung zusammen. Die Fraktion wird sich in sehr ernsten Beratungen mit wichtigen Fragen zu beschäftigen haben, und man wird nicht fehlgehen, wenn man ihrer bevorstehenden Sitzung eine besondere politische Bedeutung beimißt.

Auch wir sind Deutsche!

Ein Bekenntnis Sozialdemokraten.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schließt einen Aufsatz über das alte und das neue Deutschland mit diesem Bekenntnis:

Wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben die verhängnisvolle Politik des deutschen Imperialismus leidenschaftlich bekämpft. Wir haben nicht aus Gleichgültigkeit für das Schicksal des deutschen Volkes, sondern aus trauerlicher Sorge um unser Volk jene Politik herrschaftsklüsternden Uebermüts bekämpft, der jetzt, wie wir es vorausgesehen haben, das deutsche Volk ins Unheil geführt hat. Aber so leidenschaftlich wir den deutschen Imperialismus bekämpft haben in den Tagen seines Sieges, so tief fühlen wir heute mit unserem deutschen Volke in den Tagen seines Unglücks. Deutlicher denn je fühlen wir es heute, daß, wie Münchberger einmal sagte, „kolonisierte Landarten deutsch von deutsch nicht trennen können“. Aber so sehr wir heute die ganze Größe des Unheils fühlen, das unser deutsches Volk jetzt betroffen hat, so wenig sind wir darum kleinmütig. Denn gerade die Demütigung des Augenblicks kann zur Quelle der höchsten Erhebung in der Zukunft werden! Denn das deutsche Volk erkennt heute die große Lehre der furchtbaren Erfahrung. Es schließt heute die Herrschaft jener Anselgen ab, die es ins Unheil gelockt haben. Es befreit sich heute von den trügerischen Idealen imperialistischen Herrschaftstrebens. Es beginnt, sein Schicksal in seine eigene Hand zu nehmen. So wird es

ein anderes Deutschland

haben, ein Deutschland, das vielleicht weniger Quadratmeter zählen wird als das alte, das keine Polen und keine Franzosen mehr beherrschen wird, das aber frei sein wird von Junkern und Schlotbaronen, frei vom Militarismus und Kapitalismus — jenes Deutschland, das, in einer Stunde viel besserer Erniedrigung, der große Richte geträumt hat: das Deutschland der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanlieh trägt! Das alte Deutschland, das heute besiegt ist, haben wir bekämpft; nach dem neuen Deutschland, das heute wird, sieht und die Sehnsucht. Denn auch wir sind Deutsche.

Damit ist nicht nur in schönen Worten ein starkes, ursprüngliches Gefühl ausgedrückt, sondern vielleicht auch eine politische Wendung eingeleitet. Die Anhänger der unmoralischen Eroberungen haben solange über „moralische Eroberungen“ gepöbelt. Uns wird scheinen, das neue Deutschland hat da einen ganz schönen Anfang gemacht, der es ermutigen sollte, auf der betretenen Bahn der mordischen Eroberungen fortzuschreiten.

Der neue Chef des Zivilkabinetts.

Bizkanzler a. D. v. Deibrück.

Am Stelle des zurückgetretenen Herrn v. Berg, der im Entwurfsstand mit seinen konservativen Standesgenossen eine unheilvolle Rolle gespielt hat, wird, wie wir hören, der Staatssekretär a. D. und frühere Stellvertreter des Reichskanzlers (unter Bethmann) Clemens v. Deibrück die Leitung des kaiserlichen Zivilkabinetts übernehmen.

Schwander Statthalter von Elsaß-Lothringen — Hauß Staatssekretär.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander hat den von ihm erlangenen Ruf, Statthalter von Elsaß-Lothringen zu werden, angenommen. Gleichzeitig ist erschieden worden, daß der reichslandliche Reichstagsabgeordnete Hauß Staatssekretär in der Elsaß-Lothringischen Regierung wird.

Eine Unterredung mit Dr. Friedberg.

Das gleiche Wahlrecht und der Frieden.

Der Bizepräsident des Preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte in einer Unterredung dem Direktor Hölberg der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Sie fragen mich, warum wir uns in unserer ersten Note an den Präsidenten Wilson gewandt haben. Die Antwort liegt sehr nahe. Erstens ist der Präsident Wilson derjenige unter unseren Gegnern, der in seiner Rede vom 8. Januar und in seinen späteren Kundgebungen positive Friedensziele aufgestellt

hat, während alle anderen sich dazu nicht bereitfinden sehen, sondern nur allgemeine Nebenwendungen gebrauchen. Hier war also ein Anknüpfungspunkt für eine wirkliche Friedensarbeit gegeben. Zweitens aber kam in Betracht, daß die neue deutsche Regierung sich in einem Punkte, und zwar in dem wichtigsten, in voller Übereinstimmung mit dem Präsidenten Wilson befindet. Sie erstrebt einen Rechtsfrieden und weist jede Art von Gewaltfrieden von sich, ebensosehr gegenüber den Gegnern, wie sie einem dem deutschen Volke ausgedrückten Gewaltfrieden mit Aufbietung der ganzen Volkskraft Widerstand leisten würde. Die jetzige Regierung weiß andererseits, daß sie mit diesen Zielen die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat. Deshalb bekämpft die Antwortnote auf die Wilsonsche Rückfrage noch einmal, daß sie die Höhe, welche der Präsident Wilson in seinen verschiedenen Ansprüchen niedergelegt hat, annimmt, und sie tut das in dem Bewußtsein, Vertreterin der Mehrheit des deutschen Volkes zu sein.

Sie fragen mich ferner, was wohl den Präsidenten Wilson veranlaßt haben könnte, die Frage aufzuwerfen, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Die Frage ist bei dem Oberhaupt eines großen demokratischen Staates nicht verwunderlich. Ihm liegt nicht nur daran zu wissen, ob die völkerrechtlich zur Verhandlung berufene Autorität hinter dem Bekenntnis zum Rechtsfrieden steht, sondern ob dies auch die Meinung des deutschen Volkes ist, wie sie durch eine Mehrheitsregierung zum Ausdruck kommen könnte. Daß diese Frage von der jetzigen Regierung mit einem glatten Ja beantwortet werden konnte, liegt auf der Hand. Tatsächlich haben wir jetzt in Deutschland eine Regierung, die die Einwilligung des Volkes auf die Lenkung seiner Geschicke auf breiter Basis sicherstellt und gewillt ist, in jeder Beziehung eine vollstündliche Regierung zu sein. Ich brauche zum Beweise dafür nur auf die Energie zu verweisen, die sie in der Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage bewiesen hat. Sie hat es vermocht, in kurzer Zeit die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, und zwar lamplos zu sichern. Das ist die erste Frucht ihrer Tätigkeit, und sie hat damit den Beweis geliefert, daß sie die Zusammenfassung aller Volkkräfte auf freibühlerischer Grundlage als ihr Ziel im Auge hat. Eine derartige Tatsache sollte auch diejenigen im In- und Auslande überzeugen, die etwa annehmen sollten, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in dem wichtigsten deutschen Bundesstaat können solche Bedenken ein für allemal als beseitigt gelten.

Wolfgang Heine über Frieden und Amnestie.

Am Sonntag sprach Genosse Wolfgang Heine in der Sing-Academie über die politische Lage. Er sagte u. a.: Wir leben in einer klaren Stunde, in der es um alles geht. Wir dürfen sie nicht von unserem nationalen Egoismus aus werten, sondern um Standpunkte der Pflicht gegen die Menschheit. Das bessere Deutschland muß sich seiner Aufgaben bewußt sein und muß aufstehen mit der Vergangenheit und ihren Mächten, denen es sich zu völlig unordneter. Die Parlamentarisierung wird die Grundlage sein für fruchtbarere Arbeit. Ein Anfang ist gemacht, aber es sind noch Wege freizumachen: Helfferich ist noch da, ebenso die kommandierenden Generale von Münster und Breslau. Der neue Amnestieertrag erstreckt sich noch nicht auf Siebnacht und die Soldaten.

Die Propaganda im Heere.

Neue Flugblätter gegen die Regierungspolitik.

Wie uns mitgeteilt wird, werden in der Armee noch immer von „Unterrichtsoffizieren“ Flugblätter verstreut, die in krassem Gegensatz zur Politik der Regierung stehen. Niemand kann etwas darüber haben, wenn die Soldaten dazu angefeuert werden, standzuhalten und sich tapfer zu zeigen, solange über den Erfolg des eingeleiteten Friedensschrittes nichts entschieden ist. Wenn aber in solchen Ermunterungen der Feind, dem wir unsere Friedensbereitschaft erklärt haben, beschimpft und kategorisch erklärt wird: „Der Krieg geht weiter!“, so ist das ein verwerflicher Unfug, der sofort abgestellt werden muß. Solche Flugblätter — eines von dieser Art ist noch am 9. Oktober (1) bei der 84. Landwehrbrigade zur Verteilung gelangt — können auch nur das Gegenteil ihres Zweckes erreichen. Sie bewirken das, was jetzt am meisten vermieden werden muß, Verwirrung. Dem Unbefehnten, der aus solchen Flugchriften spricht, muß jede Möglichkeit genommen werden, noch weiteren Schaden anzurichten.

Reichswirtschaftsstellen für Textilwirtschaft.

Für die Übergangswirtschaft auf dem Textilgebiet ist durch die Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1918 die Bildung von Reichswirtschaftsstellen für jedes Fabrikatgebiet vorgesehen. Die Reichswirtschaftsstellen bestehen aus Vertretervereinigungen, deren Mitglieder auf Vorschlag der beteiligten Verbände vom Reichskanzler ernannt werden, und einem von der Vertreterversammlung zu wählenden Ausschuss. Zu Vorschlägen sind der Kriegsausschuss der Deutschen Industrie, der sich hierzu mit den Handwerksverbänden in Verbindung gesetzt hat, und der Deutsche Industrie- und Handelsverein, sowie der deutsche Handwerkskammertag und die in Betracht kommenden Berufsverbände der Arbeiter und Angestellten aufgefordert worden. Auf Grund dieser Vorschläge sind jetzt nach Anhörung der Bundesregierungen die Ernennungen der Mitglieder der Vertretervereinigungen der Reichswirtschaftsstellen vom Reichskanzler erfolgt.

Der Reichskanzler (Reichswirtschaftsamt) wird nach im Laufe des Oktober und November die Vertreterversammlung zusammenrufen, damit die Wahlen für den Ausschuss vollzogen werden, wonach die Reichswirtschaftsstellen ihre Tätigkeit aufnehmen können. Vielesch gedehnten Wahlen entsprechend werden die Vertretervereinigungen nicht alle in Berlin liegen, sondern nach anderen Städten berufen werden. So werden jedenfalls die Vertretervereinigungen für Wolle und Erbspinnstoffe im Königreich Sachsen, die für Baumwolle in Bayern stattfinden, auch Württemberg ist für Bestreuervereinigungen in Aussicht genommen worden.

Wer spricht von Schmach? Herr Dr. Schiele, der Leiter der Kreisliga von uns besprochenen Versammlung der Vaterlandspartei, teilt uns den genauen Wortlaut seiner Rede über die Heimkehr der deutschen Soldaten mit, die in dieser Hinsicht nichts Kränkendes für die Armee enthält. So wie wir ihn besprochen, war der Ausdruck als wörtliches Zitat der „Deutschen Zeitung“ entnommen, diese also war es, die ihm einen unehrenhaften Soldaten desöhnenden und kränkenden Charakter verliehen hatte.

Zerror gegen Zerror. Passau, 10. Oktober. „Jedem“ meldet, daß im Bezirk Tschernbom im Gouvernements Kommando der Organisator der Komites der armen Bauern erschlagen wurde, woraufhin die Weissen, der Bischof Warhanoff und die Klerikalen des Hierarchischen Hofes Zerror nicht acht anderen Personen erschossen wurden.

Groß-Berlin

Arbeiterjugendkonferenz.

Der Jugendausschuss Groß-Berlin veranstaltete am gestrigen Sonntag eine Konferenz der Jugendlichen seines Bezirks. Sie tagte im Jugendheim, Lindenstraße 3, und wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Genossen Korn über die bürgerliche Jugendbewegung. Der Referent kennzeichnete diese Bewegung als eine von Angehörigen der bürgerlichen Klassen in bürgerlichem Sinne geleitete Bewegung, die ihren Anhang in den Kreisen der proletarischen Jugend sucht. Eine derartige Beeinflussung kann sich die proletarische Jugendbewegung natürlich nicht gefallen lassen. Der Referent erläuterte die organisatorischen Einrichtungen und die Bestrebungen der verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung und sagte zum Schluß, die proletarische Jugendbewegung sei entspannen im Zusammenhang mit der allgemeinen Arbeiterbewegung, sie könne auch nur im Zusammenhang mit ihr gedeihen und müsse deshalb auch in Zukunft diesen Zusammenhang aufrechterhalten.

Genosse Weimann sprach über die gegenwärtige Situation der Arbeiterjugendbewegung. Er sagte unter anderem: Unsere Bewegung ist während des Krieges bedeutend zurückgegangen. Die Zahl der Berliner Jugendausschüsse sowie die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ ist auf etwa ein Drittel des Standes hinabgegangen, den sie vor dem Kriege einnahm. Zum Teil ist das zurückzuführen auf die mit der Vortreibung in Verbindung stehenden Verschlechterungsbestrebungen der Jugendbewegung, die besonders in Leipzig, Berlin und Hamburg ihre Wirkungen ausgeübt haben. Hauptächlich sind es aber die allgemeinen Folgen des Krieges, welche den Rückgang der Bewegung, der sich über das ganze Reich erstreckt, verurteilt haben. Die älteren Jahrgänge der Jugendlichen wurden zum Heere eingezogen, es fehlte deshalb an allen Orten an den leitenden Personen. Der Rückgang der Bewegung ist jetzt zum Stillstand gekommen, ja in vielen Orten ist schon wieder ein bedeutender Fortschritt eingetreten. In Wiesbaden, Dortmund, Riesa a. Rh., Reiburg i. B. hat unsere Bewegung beachtenswerte Erfolge aufzuweisen. Das ist von besonderer Bedeutung, weil in Rheinland-Westfalen die katholische Jugendbewegung das Feld beherrscht. Auch in Orten des westlichen Westfalens haben wir Eingang gefunden. Das ist eine Folge der dort betriebenen planmäßigen Aufklärungsarbeit, namentlich der Danksagungen — unsere allgemeine Bewegung wird auch beeinflusst durch die veränderte Stellung, welche der Krieg den Jugendlichen im Wirtschaftsleben zugewiesen hat. Schwere und verantwortungsvolle Arbeiten, die sonst nur von Erwachsenen ausgeführt wurden, werden jetzt von Jugendlichen geleistet. Dieser Zustand wird auch noch viele Jahre nach dem Kriege anhalten. Auf ihn und seine Folgen müssen wir hinweisen und das öffentliche Gewissen stärken, damit den aus diesen Verhältnissen für die Jugend entstehenden Gefahren vorgebeugt werde. Die Beschäftigung Jugendlichen mit gefährlichen Arbeiten hat schwere Opfer erfordert. Die Zahl der schweren Verletzungen jugendlicher Arbeiter ist von 2851 im Jahre 1913 auf 3891 im Jahre 1916 gestiegen. Das zeigt uns, wie notwendig die Forderung des Schutzes der jugendlichen Arbeitskraft ist. Unsere Zentralstelle hat sich wegen Wiederbestellung der Jugendschutzbestimmungen an die Regierung und an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt. Wir haben aber nur den Erfolg gehabt, daß der Reichskanzler den Regierungen der Bundesstaaten empfahl, die Schutzbestimmungen nur in zwingenden Fällen außer Kraft zu setzen. Nur die volle Wiederbestellung des Jugendschutzes kann uns helfen. Wir haben uns auch mit den für die Jugend in Betracht kommenden Fragen der Übergangswirtschaft beschäftigt. Es ist zu erwarten, daß der Wiedereintritt der Heeresangehörigen in das Erwerbsleben große Massen von Jugendlichen arbeitslos macht. Für diese muß betriebl. Vorbehalte getroffen werden. Was wir nach dieser Richtung hin fordern, besagt ein der heutigen Konferenz vorliegender Antrag. Er lautet:

„Die Konferenz der Jugendausschüsse Groß-Berlin ersucht die Zentralstelle, ungeachtet geeigneter Schutzmaßnahmen für Jugendliche, die mit unfernen erzieherischen Grundgedanken in Einklang stehen, für die Übergangswirtschaft vorzuschlagen. Hierzu würden vor allem gehören:

- Wiederherstellung und Erweiterung des geschützten Jugendalters.
- Reform des Lehrlingswesens.
- Ausbau der Arbeitsnachweise für Jugendliche.
- Schaffung von Lehrstellenvermittlung- und Berufsberatungs- sowie allgemeinen Jugendberatungsstellen.
- Unterkunftsmöglichkeiten für die zu- und abwandernde Jugend.
- Einführung der Arbeitslosenversicherung für Jugendliche.“

Weiter führte der Referent aus, daß sich die Zentralstelle auch mit der Organisationsfrage beschäftigt hat in dem Sinne, daß die noch in manchen Orten bestehende lose Organisation, die früher mit Rücksicht auf damalige gezielte Bestimmungen nicht zu vermeiden war, jetzt in die Form fester Vereine übergeführt werden muß.

Der erste Diskussionsredner, ein aus dem Boden der Unabhängigen geborner Jugendlicher, vertrat die Ansicht, die proletarische Jugendbewegung dürfe sich nicht im allgemeinen Bildungsbereich erschöpfen, sondern sie müsse die proletarische Jugend erziehen für die Anforderungen der für Deutschland andrehenden neuen Zeit, die voranschreitend bald über die bloße Parlamentarisierung der Regierung hinausgehen werde. Von diesem Standpunkt aus hätte der Referent manches an den Ausführungen der Referenten auszuführen.

Andere Diskussionsredner, sowie die Referenten, traten dem Versuch, die Methoden der Unabhängigen in die Jugendbewegung einzuführen, mit Entschiedenheit entgegen. Sie betonten, es sei nicht Aufgabe der Jugendbewegung politische Propaganda zu treiben, sondern sie habe die Jugendlichen lediglich soweit zu bilden und aufzuklären, daß sie später nach eigenem Ermessen ihren politischen Standpunkt wählen können. Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung würden besser erfüllt werden können, wenn nicht die Unabhängigen die Versplitterung auch in die Jugendbewegung getragen hätten.

Nach Schluß der Diskussion wurde der von Weimann begründete Antrag einstimmig angenommen.

Als Vertreter der Jugendlichen im Jugendausschuss Groß-Berlin wurden gewählt: Joseph Weigert, Rüdiger, Kluge, Vary, Richter, Kohn und Fr. Labitzki.

Die Grippe

Bei noch den vorliegenden Meldungen bet 23 Berliner Ortkrankenfällen und von 260 Krankheitsfällen weiter an Umfang zugenommen. Die Krankmeldungen haben die Zahl von 2000 längst überschritten, indes sind von diesen schon eine größere Zahl wieder als gesund gemeldet. Die Zahl der Sterbefälle ist nach wie vor in Groß-Berlin nicht erheblich gestiegen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.

Staatenbund oder Völkerbund. Über dieses Thema sprach am Sonntagabend Eduard Bernstein in der Sing-Academie. Nach einer Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Idee internationaler Organisation zog er aus den Erfahrungen der Gegenwart den Schluß, daß nicht ein Staatenbund, sondern nur ein Bund sozialistisch-demokratischer Völker den dauernden Frieden garantieren könne.

Ferdinand Lassalle im Film. Im Laurintheater wurde gestern zum ersten Male der Film „Ferdinand Lassalle“ aufgeführt. Er stellt die der Reiz der Richtung eine respektable Leistung dar, sowohl was Darstellung als Regie betrifft, mag man auch an einigen

Banken die historische Strenge beibehalten (Wismar und Vassalle). Erich Kaiser-Tsch als Hauptdarsteller verdient einen großen Teil des reichgependelten Beifalls.

Aufgeschobene Verfassungskonferenz. Der Fachausschuss des Bürgerausschusses Groß-Berlin für Städtebau, Wohnungsweien und Verkehr nahm eine von Dr. Dornburg eingebrachte Resolution an, in der gefordert ist, es sei nötig, mit der Veröffentlichung des von dem Bürgerausschuss vorbereiteten Vorschlags für die Neuordnung der Verfassung Groß-Berlins zu warten, bis wir uns in den Frieden hineingefunden und die Ruhe und Ueberlegung zu geschickter Arbeit bei den Behörden und in der Bürgerchaft wieder eingeführt sei. Nicht nur das Reich, auch Preußen stehe vor einer absoluten Neuordnung, und dabei würden viele der jetzigen Widerstände gegen die Bestimmungen des Bürgerausschusses Groß-Berlin weichen. Die Resolution wurde angenommen.

Zu der Nordsee-Weber-Kahl bringt die Kriminalpolizei in den nächsten Tagen einen Aufsat auf den Säulen, in öffentlichen Gebäuden, Schankwirtschaften und bei sonstigen Gewerbetreibenden zum Ausdruck. Er enthält eine Anzahl für die Sache wichtiger Gesichtspunkte. Auf diesen Aufruf, der sich insbesondere an Zimmervermietern richtet, wird im Interesse der Sache besonders aufmerksam gemacht.

Eine Revolvergeschichte mit bösem Ausgang gab es in der Nacht zum Sonntag in der Leipziger Straße an der Ecke der Wilhelmstraße. Hier geriet ein Kaufmann Fritz Gutjahr aus der Potsdamer Straße, der mit einem Herrn vom polnischen Adel bei Kempinski hart geschickelt hatte, mit dem Nachtwächter in Streit. Es kam so weit, daß der Wächter zum Revolver griff. Gutjahr wurde durch mehrere Schüsse in den Unterleib und die Lunge erheblich verletzt. Der Verwundete mußte sofort nach der Charité gebracht werden.

Sportpark Treptow. Die gestrigen Nordrennen fanden im Zeichen der Fliegermeisterschaft für Berufs- und Herrschaftler. Die Reiterchaft für Berufsreiter gewann ihre Vertreter, Abraham, wieder leicht vor Hänsler und von den Herrenreitern stellte Henrich den Reiter. Ein Verfolgungswettbewerb zwischen Rütt und Lotz entzweit erwartungsgemäß Rütt zu seinen Gunsten. Die Dauerjahre besetzten ein 25- und 60-Kilometerrennen. Das 25-Kilometerrennen wurde eine sichere Reuse für Pawle und im 60-Kilometerrennen feierte Kuschlow einen Ueberraschungserfolg, indem es ihm gelang, die weit besseren Fahrer Pawle und Krupat hinter sich zu lassen. In einigen gut besetzten kleineren Fliegerrennen kam es ebenfalls zu recht lebhaften Kämpfen.

Ergebnisse: Fliegermeisterschaft von Treptow, 900 Meter: 1. Abraham 1 Min. 14 Sek., 2. Hänsler, 3. Sowall 1. 4. Krabner. — Reiterchaft von Treptow für Herrenreiter, 900 Meter: 1. Henrich 1 Min. 25 Sek., 2. Geng, 3. Hänsler. — 25-Kilometerrennen: 1. Pawle 21 Min. 57 Sek., 2. Krupat 110, 3. Kuschlow 1090, 4. Wittig 2120 Meter zurück. — Verfolgungswettbewerb Rütt-Lotz: Sieger Rütt in 9 Min. 18 Sek. (21 Runden). — 50-Kilometerrennen: 1. Kuschlow 43 Min. 45 Sek., 2. Pawle 45, 3. Krupat 1090, 4. Wittig 3320 Meter zurück. — Vorgabe-Dauerjahre, 900 Meter: 1. Jadel 2 Min. 8 Sek. (60), 2. Geng (20), 3. Niebau (60), 4. Schulze (100 Meter Vorgabe). — Dampfenrennen, 20 Bahnrunden: 1. Müller 9 Min. 32 Sek., 2. Fretwald, 3. Brackmüller, 4. Petri.

Charlottenburg, Lebensmittel. Vom 14. bis 20. Oktober gelangen zur Ausgabe: 7 Pfund Kartoffeln auf Absatz 42 a bis g der Kartoffelkarte. Diese Abschnitte verlieren mit Ablauf des 17. Oktober ihre Gültigkeit. Auf die Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufbund Charlottenburg werden 1 Pfund Zwiebeln auf Abschnitt 08 zum Preise von 32 Pf. abgegeben. Auf die rote Rohungsmittelkarte werden verteilt: 1/2 Pfund Mäanderwaren auf Abschnitt 201, Lappe auf Abschnitt „Ee“ und „Ii“ der Berliner Bezugskarte. Wen gilt 100 behält seine Gültigkeit und ist vorzugsweise zu bedienen, auf letzteren Abschnitt 202 jedoch nur je 1/2 Pfund abgegeben werden. Je 1 Pfund frische See- oder Klusfische auf Abschnitt 200 sowie auf Abschnitt „Gg“ der Berliner Bezugskarte. 10 Pfund Weichkäse auf Abschnitt 211. Sauerholz kann freibühlig in den zum Verkauf zugelassenen Kolonialwarengeschäften verkauft werden. Der Pfundpreis beträgt 42 Pf. In diesem Monat wird einmalig abgegeben: an die Kinder bis zu 2 Jahren 1 Pfund Rindergerstenmehl und 1 1/2 Pfund Zwiebeln; an die über 70 Jahre alten Personen 1 1/2 Pfund Zwiebeln; an die in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft befindlichen Frauen 2 Pfund Weizenmehl.

Kaufkäse, Lebensmittel. 100 Gramm Marmelade werden im Laufe der nächsten Woche auf Abschnitt 08 der allgemeinen Lebensmittelkarte zur Verteilung gebracht. Die auf die Abschnitte 42a bis g entfallenden 7 Pfund Kartoffeln müssen bis spätestens Mittwoch, den 16. d. M., entnommen werden. In diesem Zeitpunkt verlieren die genannten Abschnitte ihre Gültigkeit. In der Zeit vom 14. bis 20. d. M. hat eine Neuauflage der Kartenliste zu erfolgen. Für die Weichkäsekarte kann auf Abschnitt 135 den Warenbezugsarten noch bis zum 20. Oktober bei den Kleinhandlern entnommen werden. Der Verkauf von 1 Pfund Frischkäse auf Abschnitt 122 der Warenbezugsarten, 1/2 Pfund Deringer auf Abschnitt 130 und 1/2 Pfund Mäanderware auf 134 derselben Karte wird fortgesetzt. 1 Pfund Zwiebeln können auf Abschn. 08 der allgemeinen Lebensmittelkarte in der Zeit vom 14. bis 19. d. M. bei den Gemischtwarenläden entnommen werden.

Minna von Barnekow. Die heutige Vorstellung im Centraltheater, Kommandantenstr. 57, beginnt pünktlich um 8 Uhr. Billets a 1,50 M. sind noch im Theater zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Gesundbrunnen: Heute, Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Georgi, Schwedenstraße 2. Gäste willkommen.

Witterungsaussichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag: Vielwolke neblig oder wolkig, ohne erhebliche Niederschläge. In den Tagesstunden mild.

Feldpost-Abonnementen

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2,— M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat November zu sichern.

Verantwortl. i. V. Dr. Franz Dierker, Berlin-Friedenau; für d. Abwesenheit Teil des Blattes Alfred Scholz, Neuborn; für Anzeigen: Theodor Wiede, Berlin, Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3.

